

Extremismus

Polizisten unter Verdacht

Die Ermittlungen gegen die rechte mutmaßliche Terrorgruppe Freital könnten für beteiligte Polizisten und Staatsanwälte juristische Konsequenzen haben. Ein Anwalt der Angeklagten hat beim Generalbundesanwalt Strafanzeige wegen des Verdachts der Rechtsbeugung, Strafvereitelung im Amt und Datenunterdrückung gestellt. Hintergrund ist der Umgang mit einem Zeugen aus dem Umfeld der Gruppe. Der Mann, der in Kontakt mit dem sächsischen Landesamt für Verfassungsschutz stand, wird als Mittäter verdächtigt. Einem solchen Zeugen Vertraulichkeit zuzuschern, so der Dresdner Strafverteidiger Endrik Wilhelm, verstoße gegen Richtlinien. Der Mann sei zu spät zum Beschuldigten gemacht worden. Beim Bundesanwalt läuft bereits ein Prüfverfahren gegen beteiligte Polizeibeamte. stw



BERND VON JUTZENZA / DPA

Auslandsinvestitionen Mauer gegen China

Die Bundesregierung hat sich als Reaktion auf den Kauf deutscher Hightechunternehmen durch chinesische Investoren auf eine Initiative zum Investitionsschutz geeinigt. Künftig sollen Akquisitionen stärker daraufhin überprüft werden, ob sie wirtschaftspolitische Interessen Deutschlands verletzen. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will dazu das Außenwirtschaftsgesetz ändern und den Sicherheitsbegriff bei der Informations-

technik ausweiten. Eine Gesetzesänderung soll bis Januar in den parlamentarischen Entscheidungsprozess eingebracht werden. Mit Unterstützung des Kanzleramts will sich Gabriel auch auf europäischer Ebene für ein Investitionsschutz-Instrumentarium einsetzen. Derzeit prüft Gabriels Ministerium den Verkauf des deutschen Maschinenbauers Aixtron. Dessen Übernahme durch einen chinesischen Investor soll nach dem Willen der US-Behörden untersagt werden, weil China damit an militärisches Know-how gelangen könnte. gt

Hauptstadt

Kaiserglorie kontra Freiheitsdenkmal

In Berlin ist neuer Streit um die Nutzung der Fläche vor dem wiedererrichteten Stadtschloss entbrannt. Die sogenannte Schlossfreiheit zwischen Spreekanal und Schlosseingang ist bisher als Ort für ein Freiheits- und Einheitsdenkmal vorgesehen, mit dem die friedliche Revolution von 1989 gewürdigt werden soll. Das hatte der Bundestag beschlossen. Es gibt dazu eine abgeschlossene Planung, eine Baugenehmigung und TÜV-Zertifizierung. Der Haushaltsausschuss hatte das Elf-Millionen-Projekt im vergangenen April jedoch überraschend gestoppt, angeblich weil es zu teuer war. Nun hat derselbe Ausschuss vor

wenigen Tagen 18,5 Millionen Euro bereitgestellt – allerdings für den Wiederaufbau kaiserlicher Kolonnaden. „Ein Handstreich“, kritisiert der ehemalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse

(SPD), „man kann seine Verachtung vor der friedlichen Revolution kaum deutlicher ausdrücken!“ In einem offenen Brief an den Haushaltsausschuss und den Kultur- und Medienausschuss des

Freiheits- und Einheitsdenkmal (Simulation)



Historische Kolonnaden um 1900

Bundestags beklagen Thierse und andere Unterzeichner, unter ihnen viele ehemalige DDR-Bürgerrechtler: „Die plötzliche, weitgehend undiskutierte Umwidmung“ ignoriere „in unzulässiger Weise die Tragweite und Bedeutung des Denkmal-Vorhabens“ und „vorangegangene Festlegungen des Deutschen Bundestages“. Auf den Platz im Herzen Berlins gehöre nicht die Glorifizierung des Kaiserreichs, sondern ein Freiheitsdenkmal, das den Wandel Deutschlands hin zu einer Demokratie demonstriere. wen

Zeitgeschichte

Millionen für Historiker

Kulturstaatsministerin Monika Grütters lässt die braunen Wurzeln des Kanzleramts untersuchen. Das Projekt mit einem Millionenetat soll die „personelle Kontinuität und Diskontinuität zur Zeit vor 1945“ sowie die „Netzwerkbildung zwischen dem Kanzleramt, den Bundesministerien und Landesbehörden“ klären. Grütters zielt auf Hans Globke, dem langjährigen Kanzleramtschef unter Konrad Adenauer. Globke gilt als NS-belastet, weil er 1936 einen Kommentar zu den Nürnberger Rassegesetzen mitverfasst hatte. Später prägte er die Personalpolitik der Regierung Adenauer. Grütters lässt das Projekt aus schreiben. Sie stellt zudem weitere drei Millionen Euro



HERMANN BREDEHORST

Grütters

zur Verfügung, um die Frühgeschichte der Republik „behördenübergreifend“ zu erforschen. Gegenwärtig suchen elf Historikerkommissionen nach braunen Wurzeln von Ministerien und anderen Behörden. Unter Geschichtswissenschaftlern ist diese Forschung umstritten, weil die Auftraggeber die Geschichtsjahre für PR-Zwecke nutzen und sich der eigenen Offenheit rühmen. Andererseits sind die Anforderungen an die Historiker geringer als sonst in der Wissenschaft. Das sei „cheap money“, sagte kürzlich der Bochumer Professor Constantin Goschler, der für den Verfassungsschutz dessen Historie erforschte. klw